



LOKAL DEMOKRATIE IN BIELEFELD

Drucksachen-Nr.

9299/2020-2025

Datum:

19.12.2024

An den Oberbürgermeister

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	19.12.2024	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

TOP 15 „Freiwillige Höhere Zahlungen bei Steuern, Gebühren und Abgaben“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum oben genannten Tagesordnungspunkt stelle ich folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung wird gebeten, eine rechtssichere Möglichkeit für freiwillig höhere Zahlungen von Einwohner*innen bei geeigneten Steuern, Gebühren und Abgaben zu prüfen, um die Haushaltssituation zu verbessern.

Die dafür notwendigen Mittel werden aus dem laufenden Haushalt bestritten. Kurz-, mittel- und langfristig werden höhere Einnahmen - mithin eine Haushaltsverbesserung - erzielt.

Begründung:

Die Anfrage im Finanz- und Personalausschuss hat ergeben, dass es nur in wenigen Fällen möglich ist Steuern, Gebühren und Abgaben einkommensabhängig zu erheben, obwohl das zu mehr Gerechtigkeit führen würde. Link: <https://anwendungen.bielefeld.de/bi/vo0050.asp? kvonr=40615>

Im Beitrags- und Spendenwesen von Vereinen, Organisationen und Parteien ist es mittlerweile üblich, dass freiwillig höhere Zahlungen geleistet werden können, wenn die zahlende Person das möchte und wünscht. Oftmals wird das beispielsweise als eine Art „Freiwilliger Solidaritätsbeitrag“ bezeichnet.

Dazu wird zum Beispiel bei elektronischen Beitragsverfahren ein Freifeld gelassen, welches selbst ausgefüllt werden kann. Auch wird in persönlichen Gesprächen auf diese Option hingewiesen.

Sicherlich gibt es viele einkommensstarke Einwohner*innen, die, um ein Beispiel zu nennen, bereit dazu wären, anstelle der Jahresgebühr in Höhe von 25 Euro für die Stadtbibliothek freiwillig einen höheren Betrag zu leisten, da die gebotenen Leistungen immens sind und vielen mehr Wert ist.

Wir lassen Geld auf der Straße liegen, wenn wir diese Potentiale nicht heben und den Menschen nicht den Impuls und schlicht die Möglichkeit geben, freiwillig mehr zu leisten, wenn sie es können und wollen.

Unterschrift:

gez. Michael Gugat